



Mitteilungsblatt 11/2010

Liebe Mitglieder,
sehr verehrte Damen und Herren,

dieses Informationsblatt unseres Vereins erscheint in der Zeit wichtiger Ereignisse in Görlitz. Wir wollen unseren Mitgliedern Informationen geben, die für die Beurteilung und Entscheidung anstehender Probleme wichtig sind. Unsere Bitte ist: Unterstützen Sie unsere Arbeit dadurch, dass Sie diese Informationen weitergeben oder uns wissen lassen, wer an diesem Mitteilungsblatt Interesse haben könnte.

Zur Sache:

Unser Name ist unser Programm. Wir wollen weg von der üblichen **Bewertung** von Tatsachen hin zur **Benennung** von Tatsachen. Auf die Frage, was das heißt, antworten wir mit einer Mahnung des Philosophen Epiktet: „Sage nie, jemand sei ein Trinker, sondern sage, er trinkt sechs Flaschen Bier am Tage.“ Unser Anliegen ist Sachlichkeit, nicht Meinungsmache.

Das war auch unser Gedanke, als wir der Wahl von Stadtrat Ursu (CDU-Vorsitzender) zum Aufsichtsrat am **Musiktheater** nicht zustimmen konnten. Wir sind nicht gegen Herrn Ursu. Uns stimmt aber die Mandatshäufung in seiner Person nachdenklich. Er ist Betriebsratsvorsitzender des Musiktheaters – da ist die betonte Fürsorge für die Angestellten des Theaters seine Aufgabe, dann ist er Stadtrat – da soll er das Gegenteil tun, nämlich aufpassen, dass die Personalkosten des Theaters nicht die letzten Groschen der Stadt verbrauchen und jetzt ist er auch noch Aufsichtsrat und soll dafür sorgen, dass der geregelte Geschäftsgang des Theaters garantiert wird. Und wem jetzt noch nicht schwindelig ist, der sollte wissen, dass Herr Ursu neben seinem Beruf auch Aufsichtsratsvorsitzender der Kulturservice GmbH und Vorstandsvorsitzender des Musikschulvereins ist.

Damit steht Herr Ursu an allen Fronten. Und wo auch immer er zur Kontrolle oder Aufsicht hinkommt, Herr Ursu trifft immer Herrn Ursu. Und dieses „Geschmäckle“, wie die Schwaben sagen, wollten wir nicht und stellten als Gegenkandidaten Frau Schwarze (zur Sache!/SPD) auf. Keiner ist gegen die ehemalige Bürgermeisterin Schwarze (SPD), die hohen Sachverstand mit Liebenswürdigkeit verbindet und die Gabe besitzt, unangenehme Wahrheiten charmant auszusprechen. Natürlich wurde sie in der geheimen Wahl nicht gewählt. Parteifreunde halten eben zusammen.

Dieses Ereignis war der letzte Anstoß, einen **Antrag im Stadtrat** vorzubereiten, der jeden Rat auf freiwilliger Basis verpflichtet, alle beruflichen und nebenberuflichen Tätigkeiten bekannt zu machen, freiwillig auf Geld- oder Sachgeschenke zu verzichten, die auf Grund der Mitgliedschaft im Rat erwachsen können, Einflussnahmen in jeder Form in städtischen oder öffentlich dominierten Gesellschaften zum eigenen oder zum Nutzen Dritter zu unterlassen und geschäftliche Beziehungen mit der Stadt oder deren Gesellschaften offen zu legen.

Unser Antrag folgt der Empfehlung einer internationalen Gesellschaft, die zur Bekämpfung der Korruption 1993 gegründet worden ist - Transparency International. (Im deutschen Vorstand ist derzeit die frühere Präsidentin des Bundesrechnungshofes Hedda von Wedel.) Unser Bemühen, für die Bürgerschaft unser Handeln durchsichtiger zu gestalten, wird die Akzeptanz des Stadtrates in der Öffentlichkeit sicherlich erheblich verbessern. Und da nur Selbstverständliches gefordert ist, hoffen wir im Rat auf allgemeine Zustimmung.

Erfreuliches ist aus dem Stadtrat zu melden. Die CDU-Fraktion hat eingesehen, dass ihre an jedem 17. Juni und 13. August durchgeführte Konkurrenz-**Gedenkveranstaltung** - denn der Oberbürgermeister erinnert gleichzeitig unter der Gedenktafel am Postplatz bzw. auf der Reichertstraße an diese Ereignisse – keine Akzeptanz in der Bevölkerung findet. Merkwürdig ist aber wieder, in welcher Form diese Einsicht der Öffentlichkeit vermittelt wird. Die CDU beantragte im Stadtrat, dass der Oberbürgermeister diese Aufgabe zu übernehmen hätte. Wohlgermerkt! Die Erinnerungskultur zu pflegen ist ureigenste Aufgabe des Oberbürgermeisters und wurde von ihm schon immer wahrgenommen.

Ein Gemeinwesen gedeiht nur dann, wenn sich alle an die demokratischen Spielregeln halten. Ich frage mich, welche Gesinnung ein solcher Antrag der Öffentlichkeit vermitteln soll? Wie ernst nimmt die CDU ihre Pflicht gegenüber Stadtrat und Oberbürgermeister?

Erfreulich aber ist, dass sich jetzt ein allgemeingültiges Gedenken an diese für uns so bedeutsamen Ereignisse entwickeln kann. Denn wie ein Gemeinwesen mit seiner Geschichte umgeht, das zeigt, welcher Geist dort weht.

Mit gleicher Erleichterung können wir vom Ende des „**Deponiestreites**“ berichten. Es bleibt dabei, dass das Verwaltungsgericht die Ansicht des Oberbürgermeisters bestätigt hat.

Kaum einer weiß noch genau, worum es in diesem 12 Jahre währenden Streit gegangen ist, in den viel zu viel Kraft investiert und in dem viel zu viele Wunden geschlagen wurden. Hoffentlich zum letzten Male diese Erinnerung: Im Juni 1998 unterschrieben die Aufsichtsräte der Görlitzer Deponie eine langfristige Vertragsverlängerung mit einem Analyse-Labor, das die damals noch städtische Mülldeponie kontrollierte. Das geschah in dem Wissen, dass die Stadt beabsichtige und kurz darauf auch tatsächlich beschloss, die Deponie zu verkaufen. Das Labor, das vom Käufer nicht übernommen wurde, verklagte die Stadt auf einen Schadenersatz in sechsstelliger Höhe.

Das Problem verselbstständigte sich schnell. Der Oberbürgermeister, der diesen Rechtsstreit vom Vorgänger geerbt hatte, musste stets seine beamtenrechtliche Stellung und die Pflicht wahrnehmen, jeden Schaden von der Stadt abzuwehren. Seine Gegner griffen ihn zunehmend an, er läge juristisch völlig daneben und behandle die Aufsichtsräte hartherzig. Stadtrat Hannich versuchte sogar, der Stadt alle Kosten aufzubürden, die in diesem Rechtsstreit entstanden sind.

Der zuletzt von den Bürgern für Görlitz und der CDU gebildete ad-hoc-Ausschuss, der erneut Probleme dieses Streites aufleben lassen wollte, wurde nun auf unseren Antrag hin vom Stadtrat sang- und klanglos aufgelöst.

Einzigste Lehre aus diesem unnötigen Streit sollte sein: bei der Sache bleiben.

In einer Stadt wie Görlitz, in der Politik eine Fortsetzung des Krieges mit Falschmeldung und Verleumdungen ist, wirken pazifistische Predigten besonders unerträglich. Eine solche brachte der Niederschlesische Kurier am 23. Oktober mit dem Interview von Herrn Ursu, der das marktwirtschaftliche Planen des **Klinikums** durch einen juristischen Zwangskittel einengen will. Voll unternehmerischer Ahnungslosigkeit wendet Herr Ursu sich zudem an die Rechtsaufsicht (den Landrat) und bittet um juristische Hilfe.

Weiß er denn nicht, dass der Landrat gerade dabei ist, in Konkurrenz zum Görlitzer Klinikum eine Holding aus Krankenhäusern im Landkreis aufzubauen, deren wirtschaftliche Zukunft recht kritisch gesehen wird? Und in die unser Klinikum als Melkkuh einbezogen werden soll? Mit dem Bürgerbegehren konnte das bisher zwar abgewehrt werden.

Nun startet Herr Ursu aber erneut ein für das Klinikum nicht weniger gefährliches Unternehmen: Mit der Einbeziehung der Rechtsaufsicht (Landrat) in die einzelnen wirtschaftlichen Belange des Klinikums will Herr Ursu der Konkurrenz unserer Klinik Einsicht in die Bücher und Planungen unseres Klinikums geben! Das verstehe und entschuldige, wer will, aber das kann nicht im Interesse des Görlitzer Klinikums sein.

Auf die im Interview von Herrn Ursu genannten phantastischen Zahlen und wider besseres Wissen irrealen Hochrechnungen soll hier nur mit dem Hinweis eingegangen werden, Herr Ursu sollte doch wissen, dass die Görlitzer Bürger denken können.

Zur Sache nur zwei Überlegungen:

Die unbestreitbare Tatsache, dass eine Prostata-Operation mehr kostet als eine Mittelmeerreise, ist selten als Argument gegen urologische Operationen angeführt worden. Kein Görlitzer wünscht sich ein Klinikum ohne guten Urologen. Trotzdem bringen fast täglich CDU, Bürger für Görlitz und Linke Milchmädchenrechnungen, aus denen haargenau hervorgeht, wie viele Schulen oder Altenheime gebaut werden könnten, wenn man das schöne Geld nicht für einen Urologen ausgeben würde. Die Geschäftsleitung des Klinikums aber muss trotz aller Widrigkeiten in ihrem Tun den marktwirtschaftlichen Gesetzen folgen.

Und eine zweite Überlegung:

Ob nun von rechts nach links oder umgekehrt: alle Görlitzer Politiker halten sich für städtische Patrioten. Das ist wirklich kein Witz. Ich kenne keine Stadt, in der so ausgeprägt jeder Politiker aufrichtig überzeugt ist, dass seine privaten Zwangsvorstellungen genau dem städtischen Gesamtinteresse entsprechen. Allerdings, und das ist auch typisch für Görlitz:

Über manche Dinge wird nur manierlich geflüstert, so als lebten wir in einem Sterbezimmer. Aber hier stirbt niemand – ganz im Gegenteil, man lebt prächtig. Es geht um viel Geld. So versteckte die SZ vor längerer Zeit in einer leicht dahin geflüsterten Meldung „Kreis arbeitet Aktenberge aus Dresden ab“ die folgende wirkliche Information: Stadtrat Hannich, einst Leiter des Amtes für Familie und Soziales im Sächsischen Sozialministerium, ist ein hochdotierter Mann. Diese Behörde wurde aber im Zug der Verwaltungsreform 2008 auf die Landkreise übertragen, das Amt Hannich auf den Landkreis Görlitz. Und Herr Hannich brachte an die 6000 unerledigte Fälle mit. So weit merkwürdig. Aber nun kommt es toll: In den ganzen Vorgängen, den Anordnungen des Freistaates und den Widersprüchen des Herrn Hannich ist nur wichtig, dass es ihm möglich war, sich für mehr als ein Jahr unter Fortzahlung seiner vollen Bezüge „vorübergehend freustellen“ (beurlauben) zu lassen.

Nun wäre es die Aufgabe des Herrn Ursu, mit der gleichen Phantasie, mit der er das Finanzgebaren des Klinikums verurteilt, in seiner Partei Ordnung zu schaffen.

Ihr Dr. Peter Gleißner